

nehmervverbänden den Unternehmern zur Verfügung gestellt, um die Einstellung dieser Arbeiter zu verhindern oder zu erschweren. Auf diese Weise sollen revolutionäre Arbeiter durch die Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz erpreßt und vom Klassenkampf abgehalten werden. S. L. werden nicht zuletzt bei *Ausperrungen* benutzt, um zu verhindern, daß ausgesperrte Arbeiter anderweitig Arbeit aufnehmen können.

SEATO *Südostasienpakt*

SED -> *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*

Sekretariat des Zentralkomitees der SED: vom ZK gewähltes Organ zur Leitung der laufenden Parteiarbeit, hauptsächlich zur Organisierung der Kontrolle über die Durchführung der Parteibeschlüsse und zur Auswahl der Kader. Viele Beschlüsse des ZK und seines Politbüros, vor allem zu Fragen der Leitung und Organisierung der Parteiarbeit, werden durch das S. vorbereitet. Das S. wird von den vom Plenum des ZK gewählten Sekretären gebildet.

selbständige politische Einheit Westberlin: Westberlin liegt auf dem Territorium der DDR und gehört rechtens zur DDR. In Westberlin existiert gegenwärtig noch ein Besatzungsregime der drei Westmächte (der USA, Großbritanniens und Frankreichs). Ihre Anwesenheit in Westberlin resultiert aus den Festlegungen der Hauptmächte der Antihitlerkoalition bezüglich Deutschlands. Da der Alliierte Kontrollrat, das verantwortliche Viermächteorgan zur Durchsetzung des Potsdamer Abkommens in Deutschland, seinen Sitz in Berlin nahm, wurden die

USA, Großbritannien und Frankreich an der Besetzung und Verwaltung Berlins beteiligt. Ihre Anwesenheit in Westberlin ist untrennbar mit ihrer Pflicht zur Verwirklichung der Prinzipien des Potsdamer Abkommens verbunden. Die Westmächte mißachteten diese Prinzipien jedoch, sie unterstützten aktiv die reaktionären Kräfte in Westdeutschland bei der *Spaltung Deutschlands* und Berlins und bereiteten somit auch den Boden für das Wiedererstehen des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland. Seit Gründung des Bonner Separatstaates unternahm die westdeutsche Regierung alle Anstrengungen, Westberlin rechtswidrig in die westdeutsche Bundesrepublik einzubeziehen und für die Durchsetzung ihrer revanchistischen Politik gegenüber der DDR und den sozialistischen Staaten zu mißbrauchen. Nachdem immer offensichtlicher geworden war, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands mit Duldung und Unterstützung des Westberliner Senats Westberlin als Provokationszentrum und Konfliktherd auszunutzen suchten, unterbreitete die Regierung der UdSSR in Übereinstimmung mit der Regierung der DDR im November 1958 den Vorschlag, für Westberlin einen Status zu vereinbaren, der für Westberlin die Garantien einer friedlichen Entwicklung schaffen sollte. Auf Grund der unablässigen Versuche der westdeutschen Bundesrepublik, die Situation um und in Westberlin zuzuspitzen und so die Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer aggressiven Pläne zur Revision der Nachkriegsgrenzen im Osten Europas zu schaffen, sicherte die Regierung der DDR in Abstimmung mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrags am 13. 8.1961